

«Ehe für alle»: Run auf Hochzeiten bleibt aus

Bislang gehen Anmeldungen für gleichgeschlechtliche Ehen bei Zivilstandsämtern in den Regionen Baden und Zurzibiet nur zögerlich ein.

Sarah Kunz

Ab dem 1. Juli können sich gleichgeschlechtliche Paare das Ja-Wort geben, nachdem das Schweizer Stimmvolk der «Ehe für alle» im vergangenen September deutlich zugestimmt hat. Eine bestehende eingetragene Partnerschaft kann ab diesem Zeitpunkt ausserdem in eine Ehe umgewandelt werden – eine eingetragene Partnerschaft wird hingegen nicht mehr möglich sein. Mit der Gesetzesänderung erhalten lesbische Paare zudem Zugang zur Fortpflanzungsmedizin.

An seiner Sitzung vom 30. März hat der Bundesrat nun die drei nötigen Verordnungen angepasst: die Zivilstandsverordnung (ZStV), die Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV) sowie die Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV). Somit ist das elektronische Zivilstandsregister vorbereitet, um ab dem 1. Juli Eheschliessungen gleichgeschlechtlicher Paare sowie umgewandelte eingetragene Partnerschaften ins Register aufnehmen zu können.

Die Zivilstandsämter in der Region Baden und Zurzibiet wären dann also bereit für schwule



«Ehe für alle» ist ab dem 1. Juli möglich. Bild: Sandra Ardizzone Photography

und lesbische Paare. Aber herrscht auch Nachfrage?

Gleich für den 1. Juli gibt es erste Anmeldungen

Beim Zivilstandsamt Mellingen, dem auch die Gemeinden Bellikon, Fislisbach, Künten, Mägenwil, Niederrohrdorf, Oberrohrdorf, Remetschwil, Stetten, Tägerig und Wohlenschwil angehören, sind seit der Abstimmung fünf Anmeldungen für Ehen von gleichgeschlechtlichen Paaren eingegangen.

Für Leiter Fredy Venditti könnte einer der Gründe für diese geringe Anzahl sein, dass die Zivilstandsämter erst Ende Ap-

ril weiterführende Informationen über das genaue Vorgehen aufgrund der Gesetzesänderung erhalten. «Daher stehen die Leute wohl noch etwas auf der Bremse.» Für Venditti ist trotzdem klar: «Der Wunsch ist da.» Einem Paar war die Eheschliessung ein derart wichtiges Anliegen, dass es gleich für den 1. Juli eine provisorische Reservation vorgenommen hat – für den allerersten Tag, an dem eine Trauung für Gleichgeschlechtliche möglich ist.

Auch das Zivilstandsamt Wettingen erhielt für den 1. Juli eine Anmeldung – und das ebenfalls bereits am Montag nach der

Abstimmung. «Das beweist, dass das Bedürfnis definitiv vorhanden ist», sagt Leiterin Tamara Zbinden. Derzeit steht das Zivilstandsamt mit etwa fünf Paaren in Kontakt. «Das sind noch nicht so viele», sagt Zbinden.

Man sei aber ohnehin noch ein wenig in Wartestellung, weil noch nicht ganz klar sei, wie beispielsweise die Umwandlung von einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe formmässig ablaufen werde. «Dieses Unwissen könnte die Leute allenfalls noch ein wenig bremsen», sagt Zbinden. Dem regionalen Zivilstandsamt Wettingen sind die Gemeinden Ehrendingen, Killwangen, Neuenhof, Spreitenbach, Wettingen und Würenlos angeschlossen.

In Baden lassen sich die Paare etwas mehr Zeit

Beim Zivilstandskreis Baden sind ebenfalls bereits in den ersten Tagen nach der Abstimmung die ersten Anmeldungen eingegangen (die AZ berichtete). Zwischenzeitlich kamen einige weitere dazu. Wie Leiter Albert Conrad sagt, haben sich insgesamt zwölf gleichgeschlechtliche Paare angemeldet – drei davon für das Jahr 2023. Davon haben neun Paare bereits einen festen

Termin vereinbart, bei den verbleibenden drei handelt es sich um Anfragen. Eine beispielsweise eines Paares, das im Ausland geheiratet hat und diese Ehe nun in der Schweiz anerkennen lassen will. Die erste Trauung findet eine Woche nach dem frühestmöglichen Termin statt. «Für den 1. Juli haben sich keine gleichgeschlechtlichen Paare angemeldet, und heute ist dieser Tag bereits ausgebucht», sagt Conrad.

Hinzu kommt, dass das Ehevorbereitungsverfahren, bei dem geprüft wird, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, erst ab dem Tag des Inkrafttretens der Gesetzesänderung durchgeführt werden kann. «Es ist sehr sportlich, dass das Register erst an dem Tag parat ist, an dem auch die ersten Eheschliessungen erfolgen könnten», findet Conrad. Der Zivilstandskreis Baden ist für die Gemeinden Baden, Birnenstorf, Ennetbaden, Freienwil, Gebenstorf, Obersiggenthal, Turgi, Untersiggenthal und Würenlingen zuständig.

Weitere Anfragen könnten ab dem Sommer kommen

Im Zurzibiet sind beim Zivilstandsamt Zurzach mit den Gemeinden Zurzach, Emdingen, Fislisbach, Lengnau, Mellikon,

Schneisingen, Siglistorf und Tegefelden bislang vier Anmeldungen eingegangen. Beim Zivilstandsamt Leuggern mit den Gemeinden Böttstein, Döttingen, Full-Reuenthal, Klingnau, Koblenz, Leibstadt, Leuggern und Mandach sind es ebenfalls vier. Leiterin Susanne Studer geht davon aus, dass weitere Reservationen um den Zeitpunkt des Inkrafttretens der «Ehe für alle» kommen werden.

Die Umfrage zeigt also: Der grosse Run blieb bislang aus. Für Maria von Känel, Geschäftsleiterin des Dachverbands Regenbogenfamilien, ist das jedoch nicht überraschend. «Die Pandemie ist trotz allem noch nicht vorbei», sagt sie. «Viele Paare haben schon jahrelang auf ihren besonderen Tag warten müssen und wollen ihn gebürtig feiern können – und nicht wieder darum zittern müssen.»

Von Känel hat ohnehin nie den einen, grossen Ansturm erwartet. Das bedeute aber nicht, dass das Bedürfnis zu heiraten nicht vorhanden wäre. «Der Wunsch ist definitiv da», sagt sie. «Alle, die so lange darauf gewartet haben, werden die Möglichkeit jetzt wahrnehmen. Und andere lassen sich damit halt eher Zeit.»

Cartoon der Woche: In Turgi soll eine neue Kirche gebaut werden – genügt ein Mini-Gotteshaus?



Die reformierte Kirchenpflege plant in Turgi den Abriss der Kirche. Eine Sanierung würde rund 3,5 Millionen Franken kosten, das könne man sich nicht leisten, heisst es.

Entstehen soll nun ein Neubau – der aber nicht besonders gross sein müsste. «Ein Raum für rund 50 Personen würde genügen, quasi ein Andachtsraum.» Karikatur: Silvan Wegmann

Asyl: Gemeinden in der Region kooperieren

Baden Der Kantonale Sozialdienst wird sich per Ende Juni 2022 aus der Betreuung von Personen in den kommunalen Asylunterkünften zurückziehen und hat die Verträge mit den Gemeinden gekündigt. Ab Juli ist es Aufgabe der Gemeinden, die Betreuung der vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie Personen mit Schutzstatus S zu übernehmen. Künftig werden mehrere Gemeinden aus der Region Baden zusammenspannen, wie es in einer Mitteilung heisst.

Die acht Gemeinden Baden, Birnenstorf, Fislisbach, Gebenstorf, Oberrohrdorf, Obersiggenthal, Turgi und Wettingen seien davon überzeugt, mit einer regionalen Asylbetreuung eine zielführende Betreuungsform gefunden zu haben. Die Bereitstellung der Unterkünfte ist weiterhin Aufgabe der Gemeinden und wird nicht zusammengeführt. Die Arbeitsgruppe «Gesundheit, Gesellschaft und Soziales» der Modellstadt habe die Chance erkannt, die Neuorganisation gemeinsam anzugehen und so ein erstes Projekt im Sinne der Modellstadt umzusetzen, heisst es in der Mitteilung weiter. Bei der Modellstadt handelt es sich um ein Projekt in der Region Baden, bei dem diverse Gemeinden in mehreren Bereichen eng zusammenarbeiten, wobei durchaus auch ein Zusammenschluss zum Thema werden könnte. Ziel sind vorerst kostengünstigere Lösungen und höhere Professionalität. (az)